

Kartäusergasse 9-11
50678 Köln
Telefon (02 21) 3382 225
Telefax (02 21) 3382 311
kontakt@koelnische-gesellschaft.de
www.koelnische-gesellschaft.de

Köln, 9. November 2020

Rede von Prof. Dr. Jürgen Wilhelm anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht 1938 am 9.11.2020, Synagoge Roonstraße, Köln. Es gilt das gesprochene Wort.

Auch unter wenig erfreulichen Umständen führen wir unsere traditionelle Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938 durch, um die Schrecknisse dieses furchtbaren, gleichwohl historischen Tages nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gleichzeitig wollen wir über seine Bedeutung für unsere Gegenwart nachdenken.

Doch sind wir vor allem gemeinsam hier, um der Opfer zu gedenken, der vielen Toten, Verletzten und Traumatisierten, die durch die von der Polizei nicht gestörten Brandschatzungen und Zerstörungen endgültig gespürt haben, dass sie in diesem Staat der Willkür und des Naziterrors auf das Höchste gefährdet waren.

Häufig spricht man von einem „Ereignis“, als wäre alles irgendwie vom Himmel gefallen. Der 9. November 1938 ereignete sich aber nicht auf irgendeine ominöse Art und Weise, es handelte sich um kein zufälliges Geschehen, keinen Unfall, keine Naturkatastrophe, die plötzlich und unerwartet hereinbrach. Diese zerstörerische sog. Reichskristallnacht hatte einen langen historischen Vorlauf, mit Traditionslinien, die Antisemitismus und Rassismus entfachten und einen komfortablen Ausgangspunkt für die Nazis, ihre Schergen, aber auch für die zuschauende Mehrheit aller Deutschen darstellte.

Wenn eines aus der deutschen Geschichte gelernt werden kann, dann, dass in der Wilhelminischen Epoche und – wenn auch durch die Macht der kurzen brüchigen Demokratie gezähmt

- in der Weimarer Republik ein aggressiver Antisemitismus en vogue war, der in erster Linie von den politischen Eliten und dem Bürgertum befeuert wurde. Antisemitismus kam und kommt nicht nur von den gesellschaftlichen Rändern, sondern hat historisch und in der Gegenwart in der Mitte der Gesellschaft und in elitären Milieus sein Epizentrum.

Ohne die Vorarbeit nationalistischer und reaktionärer Kräfte, die maßgebliche gesellschaftliche Strukturen in der Weimarer Republik prägten, wäre es den Nazis nicht möglich gewesen, die Macht 1933 zu übernehmen. Wir wissen heute, dass sowohl der immer noch auf tausenden Denkmälern und Straßennamen verewigte Hindenburg, einer der dümmsten und korruptesten Staatsmänner, unter denen Deutschland je gelitten hat, ebenso wie die militärische Elite und der Adel, an der Spitze die Hohenzollern, die Nazis erst an die Macht gebracht haben. Hitler und seine Partei haben diese Macht ergriffen, die man ihnen willig hergab.

Nun befinden wir uns heute nicht in der Endphase der Weimarer Republik, in der sich weite Teile der Gesellschaft ein Ende von Demokratie und Pluralismus wünschten. Jedoch müssen wir seit längerem von einer latenten Bedrohungssituation für Juden in Deutschland und in vielen europäischen Staaten sprechen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Angriffe auf Juden exponentiell zunehmen.

Hinzu kommt aktuell der terroristische Islamismus.

Beim Islamismus handelt es sich um eine im Kern rechtsextreme Ideologie. Mit anderen rechtsextremen Bewegungen hat der Islamismus sowohl seinen Antisemitismus und Antimodernismus als auch den Hass auf sexuelle Minderheiten und die Diskriminierung von Frauen gemeinsam. Er verachtet die Freiheit und die Selbstbestimmung des Einzelnen und ordnet sie dem Kollektiv unter, das Abweichler nicht duldet, sie ausgrenzt, bedroht, verfolgt und schlimmstenfalls ermordet. Er ist autoritär und systemkonsequent verbrecherisch und terroristisch. Seine Angriffe zielen auf die pluralistische und demokratische Gesellschaft, mit deren liberalen Grundsätzen er nicht vereinbar ist und die von den Islamisten weder anerkannt noch respektiert werden.

Wer sich für eine offene, demokratische Gesellschaft einsetzt und sich in diesem Sinne gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus engagiert, muss auch den Islamismus als große Gefahr für Demokratie und Pluralismus begreifen, über den aufgeklärt und dem entgegenge-

wirkt werden muss. Wir sagen das seit vielen Jahren immer wieder öffentlich, auch in der Synagoge an fast jedem 9. November. Die vielen Schlupflöcher, die der liberale Rechtsstaat den Islamisten lässt wird von diesen systematisch ausgenutzt und gefährdet und zerstört immer wieder das Leben unschuldiger Bürger. Die Institutionen des Staates müssen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Überwachung und Verfolgung nutzen.

**Gesetze und Vorschriften hierfür gibt es genug: woran wir leiden, ist kein Gesetzesdefizit!
Woran wir leiden, ist ein Umsetzungsdefizit!**

Aber denken wir nicht nur an irgendjemand, irgendwo, in irgendeiner anderen Stadt. Es sind nicht immer die anderen, bei denen Derartiges geschieht. Das wäre zu einfach! Denken wir an unseren Rabbiner in Köln, der die Straßenbahnfahrt vermeidet, weil er Beleidigungen und Schmähungen aus dem Weg gehen möchte. Denken wir an die Keupstraße.

In Hamburg wurde kürzlich ein jüdischer Student mit Kippa vor der dortigen Synagoge angegriffen und schwer verletzt; der antisemitische Übergriff vor wenigen Wochen in dem Burschenschaftshaus Normannia machte Schlagzeilen.

Letzterer wurde allerdings nur öffentlich, weil engagierte Antifas in Heidelberg hierzu recherchierten. Die Polizei hatte dies in ihrer Presseberichterstattung einfach mal „vergessen“. Die Normannia ist organisiert im Verband der Deutschen Burschenschaft (DB), der immer wieder durch zahlreiche Verbindungen zur extremen Rechten auffällt.

Deshalb spreche ich von bürgerlicher Mitte. Hier sind sie wieder, sogar im alten Outfit und mit ihren lächerlichen Traditionen, gleichwohl gefährlich. Offenbar sind rechte Vereinigungen, Neonazis, Burschenschaften und viele andere nur wenig getarnte Organisationen des rassistischen und antisemitischen Spektrums stark vernetzt, arbeiten häufig jahrelang zusammen bis hin zur Radikalisierung und eben immer wieder auch mörderischen Angriffen, deren Vorbereitung die Sicherheitsbehörden nicht durchschauen.

Es ist keineswegs so, um noch einmal auf den historischen Vergleich zu Beginn meiner Rede zurückzukommen, dass wir es gegenwärtig wie in der Endphase der Weimarer Republik mit einem strukturell reaktionären Bürgertum in Deutschland zu tun haben. Nein: Die Mehrheit

der Bevölkerung unterstützt heute Rechtsstaat und Demokratie. Aber sie stehen dem grassierenden Antisemitismus und Rassismus häufig desinteressiert und teilnahmslos gegenüber.

Noch immer reagieren die Behörden viel zu zögerlich. Kritisch muss festgestellt werden, dass nach dem NSU-Skandal, nach der Keupstraße nicht die notwendigen Konsequenzen für einen nachhaltigen Kampf gegen militanten Rechtsextremismus gezogen wurden, wie die zahlreichen antisemitischen und rassistischen Vorfälle innerhalb des Polizeiapparats, des Militärs und der Geheimdienste belegen.

Keine historische Feststellung, sondern eine aus der vorigen Woche: der Innenminister von NRW informierte darüber, dass mittlerweile gegen 150 Sicherheitskräfte ermittelt werde.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass wir schon seit einigen Jahren mit einem politischen Arm des Rechtsextremismus in sehr vielen Parlamenten in Deutschland zu tun haben, deren Abgeordnete gegen Minderheiten hetzen, den Nationalsozialismus verharmlosen und ganz offen antisemitisch oder rassistisch argumentieren. Viele in dieser Partei haben dabei auch kein Problem mit Gewalt und Vernichtungsphantasien. So sagte vor wenigen Monaten der damalige AfD-Pressesprecher Lüth in einem vermeintlich vertraulichen Gespräch: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD.“ Das sei mit Fraktionschef Gauland „lange besprochen“ worden. Auf den Zuzug von Migranten angesprochen, sagt der Funktionär: "Wir können die nachher immer noch alle erschießen, das ist überhaupt kein Thema, oder vergaßen oder wie du willst, mir egal.“ Wörtliches Zitat!

Schlimmer geht es nicht mehr. Und immer wieder wiegelt die AfD ab. Den sog. „Flügel“ will sie verboten haben. Beobachtungen des hessischen Verfassungsschutzes sagen das Gegenteil. Die sog. Auflösung der Kampftruppen von Höcke und Co. war eine Finte, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz auszuweichen. Der Neonazi-Flügel dominiert viele Landesverbände der AfD, auch in NRW.

An diesem Erinnerungstag hätte ich Ihnen gerne freundlichere Nachrichten beschert, aber die Welt um uns herum ist leider nicht so. Man muss nicht Cassandra sein, um festzustellen, dass trotz des Wahlsieges von Biden in den USA es selbst in der EU Staaten gibt, die systematisch

Demokratie und Rechtsstaat schwächen. In Polen, Ungarn und anderen Staaten schwingen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus stets mit. Mal leiser, mal lauter.

Also gilt es weiterhin und verstärkt wachsam zu sein und die Stimme zu erheben, aktiv einzutreten gegen offenbar nicht auszurottenden gefährlichen und menschenverachtenden Antisemitismus und Rassismus.

Lassen Sie mich den Frauen und Männern der Synagogengemeinde Köln versichern, dass wir als Institution, aber auch sehr persönlich unüberhörbar an Ihrer Seite stehen und gemeinsam mit Ihnen für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus kämpfen.